

Verband Sonderpädagogik: Diskussion mit Senator Rabe

Am 15. Mai fand – im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung des Verbands Sonderpädagogik (vds) - eine öffentliche Diskussion mit Senator Rabe statt. Das Thema: „Standortbestimmung – Inklusion in Hamburg“. Etwa 100 Interessierte folgten der Einladung. Der Senator kam – wenig verwunderlich angesichts der derzeitigen Verkehrssituation – verspätet zum vereinbarten Termin, aber es blieb immerhin noch eine Stunde der Information und des Fragenstellens zum Thema Inklusion in Hamburg.

Die Veranstaltung begann mit einem längeren Statement seitens des Senators. Er räumte ein, dass die Inklusion in Hamburg überhastet eingeführt worden sei. Er könne den Ärger der Lehrerinnen und Lehrer verstehen, die die Probleme, die durch die übereilt verordnete Umsetzung der Inklusion entstanden sind, zu bewältigen hätten. Weiter führte er aus, dass das Wahlrecht der Eltern, ihr Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf entweder in einem inklusiven Setting oder in einer Sonderschule bzw. in einem Regionalen Bildungs- und beratungszentrum (ReBBZ) beschulen zu lassen, nicht angetastet werden würde. Eine „Zwangsinklusion“ aller Kinder in die allgemeinen Schulen sei nicht beabsichtigt. Und eine Diskussion darüber, ob In- oder Exklusion besser sei, wolle er nicht führen. Allerdings gebe es auch Schülerinnen und Schüler, die vorübergehend „zwangsexkludiert“ würden. Hierbei handele es sich zumeist um Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Bereich soziale und emotionale Entwicklung, die in integrativen Lerngruppen an den allgemeinen Schulen oder in temporären Lerngruppen am ReBBZ unterrichtet würden.

Dem erwarteten Rückgang der Schülerzahlen in den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache an Förder- bzw. Sprachheilschulen sei Rechnung getragen worden durch Schließung bzw. Zuordnung der Förder- und Sprachheilschulen in die 13 über das Stadtgebiet verteilten ReBBZ. Die ReBBZ seien wichtig auch als Unterstützungssysteme für die allgemeinen Schulen, um notwendige Aufgaben der Inklusion zu erfüllen. Der Forderung, die Ressourcen der ReBBZ auf die allgemeinen Schulen zu übertragen, stehe er ablehnend gegenüber.

In Hamburg gebe es viele Schulbegleiter, die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Schulalltag unterstützen. Diese sollen – so Senator Rabe – „vernünftiger“ eingesetzt werden und – nach Bedarf – auch andere Schüler der Klasse unterstützen, wenn die einem Kind zuerkannten Stunden für dieses Kind nicht in vollem Umfang gebraucht würden.

Vor Beginn der Veranstaltung hatte der vds die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, ihre Fragen an den Senator auf Karten zu schreiben. Diese waren thematisch zusammengefasst worden und wurden nach dem Statement des Senators verlesen. Der erste Fragenkomplex befasste sich mit der Umsetzung der Inklusion an den Hamburger Schulen. Vieles davon hatte der Senator schon in seiner Einführung angesprochen. Er betonte, dass das Hauptentwicklungsfeld des Inklusionsvorhabens die Unterrichtsentwicklung sei. Leider sei die Fokussierung auf diesen extrem wichtigen Bereich

gegenwärtig nur bedingt möglich. Praktische Probleme wie die massive Zunahme der gemeldeten Schüler mit LSE (um Zweidrittel) und die oft nicht effektive Schulbegleitung seien vordringlich zu lösen.

Einige Fragen wurden zu der vorliegenden, aber nicht veröffentlichten „Richtlinie Sonderpädagogik“ gestellt. Senator Rabe war der Meinung, dass die 220 Seiten umfassende Richtlinie den Lehrerinnen und Lehrern wegen ihres Umfangs nicht zugemutet werden sollte. Das Meinungsspektrum des Plenums war geteilt von „Brauchen wir nicht“ bis „Würde uns helfen in unserer Arbeit“. Der Senator kündigte an, nach den Sommerferien Handreichungen zum Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu veröffentlichen.

Der zweite Fragenkomplex befasste sich mit dem Thema „Ressourcen“. Viele der anwesenden Kolleginnen und Kollegen waren der Meinung, dass die gegenwärtige systemische Ressource für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten „Lernen“, „Sprache“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ (LSE) zu niedrig sei, um neben der Förderung der Kinder auch die notwendige Beratung der Kollegen durchzuführen. Senator Rabe machte deutlich, dass die Ressourcenausstattung in Hamburg bundesweit einmalig sei, es keine Erhöhung der Ressource gebe und an der systemischen Ressource für Kinder mit Förderbedarf im Bereich LSE festgehalten werde!

Wegen der Kürze der Zeit konnten Fragen zur GBS, Beruflichen Eingliederung und Frühförderung von Kindern mit Förderbedarf nicht mehr gestellt werden. Die Vorsitzende des vds, Heidi Bistrizky, dankte dem Senator für sein Kommen.

Birgitt Mangelsdorf Pressereferentin vds Hamburg